

gungsprozesses zum wichtigsten Kooperationspartner der UdSSR und schließlich des neuen Rußlands werden konnte. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Oldenburg, sehr herzlichen Dank für Ihre so differenzierte Analyse. Wir werden hoffentlich dann nach dem Mittagessen die Möglichkeit haben, den einen oder anderen Aspekt hier zu diskutieren. Wir fahren gleich in unserer Präsentation fort. Herr Wolfgang-Uwe Friederich von der Universität Hildesheim ist soeben aus Chicago eingeflogen und sitzt neben mir und hat das Wort.

Professor Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich danke Ihnen zunächst für die Einladung und will im folgenden fünf kurze Thesen zur amerikanischen Deutschlandpolitik und staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 vorstellen und dann in der Kürze der Zeit knapp begründen.

These 1

In keinem Land ergab sich seitens der Regierung, des Parlaments und der öffentlichen Meinung ein vergleichbar hohes Maß an Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung wie in den USA.

These 2

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft, entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Außenpolitik.

These 3

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt.

These 4

Die amerikanische Deutschlandpolitik orientierte sich in ihren Zielen und Inhalten an der Bundesrepublik Deutschland. Die USA entwickelten zwar seit 1984 eine eigene DDR-Politik, diese scheiterte jedoch an der Intransigenz der DDR. Die polnische Westgrenze galt den USA seit 1945 als politisch und seit der KSZE-Schlußakte von 1975 auch als juristisch geregelt.

These 5

Die schnelle Lösung der äußeren Probleme der deutschen Einheit wurde unter der Voraussetzung der Erosion der sowjetischen Macht nur durch die strategische Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika möglich.

Ich begründe jetzt die fünf Thesen.

Die erste also, in keinem anderen Land gab es eine vergleichbare Zustimmung wie in den USA. Die Hauptakteure der amerikanischen Außenpolitik sind der Präsident und seine Administration, der Kongreß, die öffentliche Meinung in Verbindung mit der veröffentlichten Meinung und bestimmte Pressure Groups. 1989/90 waren die Hauptbeteiligten an der amerikanischen Deutschlandpolitik: Präsident Bush, Sicherheitsberater Scowcroft mit seinem Stab, also vor allen Dingen den Mitgliedern Blackwell, Rice und Zelikow, Außenminister Baker mit seinem Stab, seinen beiden engsten Mitarbeitern Ross und Zoellick, letzterer hat eine Schlüsselbedeutung für die amerikanische Deutschlandpolitik 1990, einer der wichtigsten Männer in Washington, die den Prozeß vorangebracht haben, sowie Seitz und Dobbins, im Senat schließlich die Mitglieder Lugar, Nunn, Dole und Biden, die alle dem sicherheitspolitischen Establishment angehören. Natürlich könnte man auch eine Reihe von anderen decision makers nennen, etwa das Department of Defence, die Joint Chiefs of Staff. Sicherlich gehören dazu die CIA und bei anderen Fragen der Handelsbeauftragte, das Finanzministerium, die Federal Reserve. Interessant ist, daß die CIA Ende 1989 in den Prozeß eingeschaltet wurde dadurch, daß sich eine informelle German working group bildete, der die Deutschland-Analytiker der Agentur angehörten, die mehrere positive Stellungnahmen zum Prozeß der Wiedervereinigung dem Präsidenten und dem State Department zuleiteten. Die veröffentlichte Meinung wurde repräsentiert von den Meinungsführern in der Presse, also New York Times, Washington Post, Wall Street Journal, eventuell auch Los Angeles Times, und im Fernsehen durch die großen Networks, also CBS, NBC, CNN und PBS. Zu den Pressure Groups gehörten, bezogen auf die deutsche Frage, vor allem jüdische Organisationen, ich nenne das American Jewish Committee und den Jewish World Congress. Mit Ausnahme der gewohnt deutsch-kritischen Presse, der New York Times und der Washington Post, die vor allen Dingen in einer Reihe von Editorials ablehnende, zum Teil vollständig überzogene und weltfremde Kommentare etwa zu den Gefahren der Wiedervereinigung veröffentlichten, und einzelnen Stimmen, unterstützten alle Hauptakteure den Prozeß der Wiedervereinigung. Die Administration tat dies sogar mit Nachdruck. Was die öffentliche Meinung angeht, sprachen sich bis zu Dreiviertel aller Amerikaner für die deutsche Einheit aus. Der Senat stimmte schließlich am 10. Oktober 1990 einstimmig, bei 98 Ja-Stimmen, zwei abwesende, dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zu. Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, daß der Senator Boschwitz, der als Zweijähriger mit seinen Eltern aus Berlin emigrierte, eine sehr bewegende Rede im Senat zugunsten der Wiedervereinigung gehalten hat. In einer Reihe von Senats-Hearings, die vorher stattgefunden hatten, war die Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands von herausragender Bedeutung. Ich würde vermuten, daß, wenn das wiedervereinigte Deutschland nicht Mitglied der NATO geblieben wäre, im Ratifizierungsprozess in Washington ganz erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten wären, ich persönlich würde ein Scheitern für wahrscheinlich gehalten haben. Ausschlaggebend für dieses sehr hohe Maß an Zustimmung zum Pro-

zeß der Herstellung der staatlichen Einheit waren vor allem zwei Aspekte: Erstens, der Prozeß vollzog sich friedlich und als Ergebnis einer freiheitlichen Revolution, und zweitens, er richtete sich nicht gegen den Westen, sondern gestaltete sich als, so in Washington perzipiert, Vollendung westlicher Politik, d. h. das nunmehr vereinte Deutschland gehörte der NATO und der EG an.

Zur zweiten These:

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik einschließlich der NATO-Mitgliedschaft entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Politik. Die Hauptelemente der amerikanischen Außenpolitik bilden nationale Interessen, in den USA meist als vital interests bezeichnet, und Werte (values). Zu den vitalen Interessen gehörte und gehört eine anti-hegemonial definierte Europapolitik der USA: gegen das kaiserliche Deutschland, gegen Nazi-Deutschland und gegen die sowjetische Politik nach 1945. Die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgte ab 1946/47 das globale Ziel der Eindämmung, das containment, und zwar von Europa über den Mittleren Osten bis nach Korea. Zur Eindämmungsstrategie gehörten militärische, wirtschaftliche und ideologische Komponenten. Die Werteorientierung in der Außenpolitik kommt vor allem durch das demokratische System in Form der Mitwirkung des Senats an außenpolitischen Entscheidungen und des Einflusses der öffentlichen Meinung auf diese zum Tragen. Die Bundesrepublik Deutschland nahm seit der Berlin-Blockade 1948/49, seit der NATO-Gründung 1949 und dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Atlantischen Allianz 1954 eine strategische Schlüsselstellung in der amerikanischen Europapolitik ein, und zwar aufgrund ihrer geopolitischen Lage sowie ihrer wirtschaftlichen und (konventionellen) militärischen Macht. West-Berlin wurde für die USA zum Symbol der Freiheit und zum Beweis für die (amerikanische) Bereitschaft und Standfestigkeit, diese zu verteidigen. Die Berliner Mauer wurde andererseits in den USA zum Symbol des militärisch ernstzunehmenden, aber moralisch unterlegenen kommunistischen Systems. Dieser Faktor wirkte sich bis 1989 negativ auf die Beziehung zwischen Washington und Ost-Berlin aus. Kein amerikanischer Besucher in Ost-Berlin, darunter der ehemalige stellvertretende Außenminister Whitehead, vergaß, Erich Honecker daran zu erinnern, daß die Mauer fallen muß. In einer repräsentativen Umfrage erklärten 1986, 1986 wohlgemerkt, 77 % der Gesamtbevölkerung, die USA besäßen vitale Interessen an den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die damit nach Großbritannien (83 %), Kanada (78 %) und Japan (78 %) auf dem vierten Platz lag, bei den Eliten nahm die Bundesrepublik Deutschland 1986 jedoch gemeinsam mit Japan (98 %) Platz 1 ein. Diese Einschätzung deckte sich mit der der Administration. Das vereinte Deutschland ist für die USA der wichtigste strategische Partner in Europa, so wie dies mutatis mutandis Japan in Asien ist.

Zur dritten These:

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt. Diese Zielsetzung der USA basierte auf der Westbindung der Bundesrepublik. Im Deutschlandvertrag von 1952/54 hatten sich die Vereinigten Staaten völkerrechtlich verpflichtet, eine Politik zu unterstützen, die diesem Ziel dient. Alle amerikanischen Präsidenten seit Eisenhower erneuerten die Zielsetzung. Die Dauer der Teilung und die Festigung des Status quo in Europa ließen eine Realisierung des Zieles vor 1989 nicht zu. Von übergeordneter Bedeutung waren die sicherheitspolitischen Beziehungen zur Sowjetunion. Führende amerikanische Außenpolitiker wie Henry Kissinger orientierten sich deshalb primär am Status quo, der übrigens auch, leicht nachvollziehbar, am meisten Unterstützung im State Department hatte. Ich denke nur an Rozanne Ridgway, die frühere amerikanische DDR-Botschafterin und anschließend Assistant Secretary for European Affairs, die dezidiert eine realpolitische Status-quo-Politik verfolgte und deswegen in dem Buch von Rice und Zelikow bereits auf den ersten Seiten sehr hämisch erwähnt wird. Andere wie Ronald Reagan stellten den idealistischen und antikommunistischen Grundzug stärker in den Vordergrund. Präsident Reagans Forderung an Gorbatschow: „Tear down this Wall!“ von 1987 darf nicht als politische Rhetorik interpretiert werden. Ich habe zu dieser Frage Mitarbeiter der Reagan-Administration befragt und auch die Entstehung dieser Rede verfolgt. Es ergab sich eine sehr heftige Debatte zwischen dem Weißen Haus auf der einen Seite, Reagan wollte den Satz drin haben „Tear down this Wall, Mister Gorbatschow“, und dem State Department, das argumentierte, nicht einmal die Deutschen werden mit dieser Forderung zufrieden sein, weil sie unrealistisch ist, also erheben Sie, Herr Präsident, diese Forderung nicht. Auf der Schlußsitzung im Weißen Haus, bei der National Security Council und einige Vertreter des State Departments zugegen waren, sagte Ronald Reagan, seiner Meinung nach müsse die Mauer weg. Dieses sei eine moralisch gerechtfertigte Forderung. Ob jemand der Anwesenden anderer Meinung sei und diese begründen könne? Und Rozanne Ridgway sagte, es ist nicht realpolitisch, Herr Präsident. Und sein Fazit war: „If it's right I'm going to say it“. Auch Präsident Bushs Forderung nach Beendigung der Teilung Europas reflektierte die längerfristige Zielsetzung, die 1989 aufgrund des Wandels in der Sowjetunion und in den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zu einem mittelfristigen und dann im Winter 1989/90 zum kurzfristigen Ziel wurde.

Aus Zeitgründen überspringe ich jetzt den Punkt vier, die amerikanische DDR-Politik, obwohl sie hochinteressant ist, weil, wie gesagt, John C. Whitehead den Versuch einer Differenzierung der osteuropäischen Staaten 89 befürwortete. Whitehead hat dreimal mit Honecker gesprochen, weil, wie Rick Burt, der frühere Botschafter in Bonn, sagte, wir auch Bonn zeigen wollten, daß wir einen eigenen Spielraum haben und ihn auch schätzen. Ich überspringe diesen Punkt, würde aber gern in der Diskussion noch darauf eingehen.

Fünftens: Die amerikanische Deutschlandpolitik erkannte im Oktober 1989 die Aktualität der, wie Baker formulierte, „question of the reunification of Germany“. Bereits im März 1989 hatte Sicherheitsberater Scowcroft festgestellt: Heute sollte die oberste Priorität der amerikanischen Europapolitik das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland sein. Dieses floß ein in ein Dokument des Nationalen Sicherheitsrates im März 1989, dessen Inhalt lautete: Die USA sollen die deutsche Frage neu aufgreifen, um die Meinungsführerschaft in diesem Problem zurückzugewinnen. Seit November 1989 verfolgten die USA einen außenpolitischen Kurs, der aus vier Elementen bestand und übrigens von Dennis Ross und dem Ihnen aus einem anderen Zusammenhang bekannten Francis Fukuyama entwickelt wurde, der später nicht mehr zuständig war:

1. Die USA unterstützen die deutsche Selbstbestimmung, ohne auf ein bestimmtes Ziel festgelegt zu sein;
2. die Vereinigung Deutschlands muß die Mitgliedschaft in NATO und EG berücksichtigen;
3. die Einheit soll friedlich und schrittweise erfolgen;
4. die Grenzregelungen der KSZE-Schlußakte sind zu beachten.

Die Ereignisgeschichte dieses Vorgangs ist von Rice und Zelikow gut dargestellt, wenngleich das Buch die Perspektive des Nationalen Sicherheitsrates widerspiegelt und ohne Bakers Memoiren, ohne das gerade jetzt erschienene Buch des CIA-Analysikers Robert L. Hutchings und vor allen Dingen auch ohne das frühe Buch von Elizabeth Pond nicht richtig gewürdigt werden kann. Ich möchte nur abschließend auf folgende Punkte kurz eingehen. Die USA konzentrierten sich auf zwei wesentliche Aspekte. Der eine: Heranführen der sowjetischen Führung an den Prozeß der Wiedervereinigung. Herr Kollege Oldenburg ist darauf bereits eingegangen und hat auch dieses ganz wesentliche Treffen vom Mai 1997 Bush/Gorbatschow erwähnt, das eine Schlüsselbedeutung hatte. Also Heranführen der sowjetischen Führung an den Prozeß der Wiedervereinigung, und zwar unter der Bedingung der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland. Gleichzeitig bemühten sich die USA um eine Verständigung mit Frankreich, Großbritannien und den anderen NATO-Mitgliedern, wobei zu berücksichtigen ist, daß erhebliche Störungen von Italien, teilweise den Niederlanden und Dänemark ausgingen und immer die Frage war, ob Deutschland in der NATO bliebe oder nicht. Präsident Bush hat schließlich in mehreren Initiativen sowohl gegenüber Generalsekretär Gorbatschow als auch gegenüber der britischen Premierministerin Thatcher wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß im Januar/Februar die Vereinigten Staaten, wie es Zoellick selbst formulierte, auf das Tempo drückten, das den Prozeß der Wiedervereinigung beschleunigen sollte. Und dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß in diesem Monat in Camp David es dem Bundeskanzler gelang, das uneingeschränkte Vertrauen von George Bush zu gewinnen, so daß keinerlei Vorbehalte bei Einzelheiten mehr geltend gemacht wurden. Eine Reihe von Einzelfragen müssen im Zusammen-

hang mit Außenminister Genschers Position und anderen Fragen sehr differenziert diskutiert werden. – Aus Zeitgründen breche ich an dieser Stelle ab.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Friedrich für Ihre Ausführungen und Erläuterungen Ihrer Thesen. Wir kommen damit zum dritten Beitrag, dem von Herrn Curt Gasteyger aus Genf. Ich freue mich, daß er heute unter uns weilt. Er ist auch ein alter Bekannter. Er dürfte Ihnen bekannt sein aus seinen Schriften und seiner Tätigkeit im Bereich der internationalen Beziehungen. Lieber Herr Gasteyger, wenn Sie können, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Zeitplan einhalten würden bis kurz nach zwölf. Bitte schön.

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bedanke mich sehr für Ihre Einladung. Herr Jacobsen hat uns zuvor auf die Rolle der Persönlichkeiten hingewiesen, und ich glaube, es gibt kaum zwei Länder, in denen in diesem Zusammenhang die Rolle von Persönlichkeiten so stark hervortrat wie in England und Frankreich, in Gestalt der Iron-Lady Margaret Thatcher und des Präsidenten François Mitterrand.

Ich werde in der mir zur Verfügung stehenden Zeit zunächst auf einige Gemeinsamkeiten in der britischen und französischen Deutschlandpolitik hinweisen. Dann werde ich auf die Besonderheiten im Verhalten des einen und des anderen Landes eingehen und mit einigen Thesen abschließen. Ich brauche hier nicht besonders zu erwähnen, daß im jetzigen Zeitpunkt der Zugang zu den vertraulichen Akten noch nicht möglich ist. Ich mußte mich deshalb auf die recht ausführlichen Berichte von Zeitzeugen sowie auf einige persönliche Gespräche stützen. Sie ergeben immerhin ein gutes und zuverlässiges Bild von Interessenslage und Handlungsspielraum der beiden hier interessierenden Staaten. Sieben Jahre Distanz von den damaligen Ereignissen sind allerdings zu kurz, um die oft widersprüchlichen, von der Erinnerung an Vergangenes und der spontanen Reaktion auf unerwartet Gegenwärtiges nicht in unsere Beurteilung einzubeziehen. Aber, gestehen wir es offen, angesichts der seither erlebten welt- und europapolitischen Umwälzungen scheinen manche dieser Reaktionen heute bereits einem weitentfernten, jedenfalls für Nichtdeutsche praktisch abgeschlossenen Kapitel anzugehören.

Gemeinsamkeiten

Angesichts der geschichtsträchtigen Bedeutung und des geopolitischen Gewichts der Wiedervereinigung ist solches eigentlich erstaunlich. Man hätte hier viel dauerhaftere Nachbeben erwartet. Denn diese Wiedervereinigung wurde ja lange bestenfalls als entfernte Zukunftsperspektive und dann, als sie sich als ernstzunehmende Möglichkeit am politischen Horizont abzuzeichnen begann, als unerwünscht empfunden. Das trifft sicher auf Großbritannien und Frankreich zu. Auf ihrer Traktendenliste stand sie jedenfalls, wenn überhaupt, weit unten. Beide Länder mußte deshalb die sich rasch verdichtende Perspektive